

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Bestehen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50
Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Wien a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Kosten die dreigespaltene Zeile 30 Pf. Stellenvermittlung
und Anzeigen der Baufstellen die Hälfte.

Nr. 47.

Wien, den 23. November 1906.

VII. Jahrgang.

Einladung.

Durch den Deutschen Arbeiterkongress vom Oktober 1903 in Frankfurt a. M. wurde die christlich-nationale Arbeiterbewegung in das öffentliche Leben unseres Volkes als Vertretung für die Interessen der deutschen Arbeitnehmerschaft führt. Das offene Bekenntnis unserer Bewegung zu Kaiser und Reich und zur christlichen Weltanschauung, unser ehrliches Bestreben, in besonnener Weise tatkräftig für die geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeitnehmerschaft einzutreten, hat unserer Bewegung zahlreiche treue Anhänger, aber auch beachtenswerte Gegner gebracht.

Mit Genugtuung können wir feststellen, daß sämtliche dem Kongress angeschlossenen Verbände eine kraftvolle Entwicklung und einen gesunden inneren Ausbau erfuhren. Die Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Verbände hat sich seitdem verdoppelt und die der konfessionellen Vereinigungen bedeutend erhöht. In den christlich-nationalen Organisationen pulsiert ein reges Leben und eine Vertiefung in ihren Aufgaben ist allenthalben festzustellen.

Die Befriedigung, die in unsern Reihen über die so günstige Entwicklung unserer Bewegung herrscht, können wir auf die Fortführung der sozialen Gesetzgebung seit dem Kongress 1903 leider nicht aussprechen. Es hat in den Reihen der christlich-national gesinnten Arbeiter keinen günstigen Eindruck hervorgerufen, daß von den Forderungen, die der Kongress an die Gesetzgebung, — betreffend Vereinigungsrecht, Vereinsgesetzgebung, Rechtsfähigkeit der Vereine und Arbeitskammern — erhob, bis heute noch keine ihre Erledigung gefunden hat. Diese Tatsache ist ein Interesse des sozialen Friedens und des Ansehens des Reiches zu beklagen.

Das Anwachsen unserer Bewegung und die feste Vertretung der Arbeiterinteressen durch die christlich-nationalen Organisationen hat die sozialpolitisch-rückständigen und scharfmacherisch gesinnten bürgerlichen Gruppen zu schroffer Ablehnung und harter Bekämpfung geführt. Trotzdem können wir mit Freude feststellen, daß im allgemeinen der Widerstand der bürgerlichen Kreise gegen die von den deutschen Arbeitern geforderte Anerkennung der Arbeiterschaft als gleichberechtigter im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben unseres Volkes im Schwinden begriffen ist. Wir sind der Überzeugung, daß der Staat und die Gesellschaft angesichts der immer stärker werdenden christlich-nationalen Bewegung die Erfüllung berechtigter Forderungen der vaterlandsfreundlichen Arbeitnehmerschaft ihr nicht dauernd vorenthalten kann.

Um unsere Stimme von neuem zu erheben, an die baldige Erfüllung unserer in Frankfurt erhobenen Forderungen anzuhängen, um darüber zu beraten, was auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes am dringendsten zu fordern ist und um die Arbeiterschaft der christlich-nationalen Arbeitervereine abzuhalten, dazu berufen wir gemäß des uns vom Kongress 1903 erlassenen Auftrages zum 20., 21. und 22. Januar 1907 zum zweiten Male den

Deutschen Arbeiterkongress

abzuhalten. Zu demselben laden wir außer den Verbänden, die an dem Frankfurter Kongress teilgenommen haben, diejenigen Verbindungen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten ein, die mit uns auf dem Gebiete der christlichen Weltanschauung, der nationalen Gesinnung stehen und eine Fortführung der Sozialreform anstreben.

Die Verhandlungen finden in den Germania-Festsälen, Berlin, Chausseestraße, statt.

Zur Beratung stehen folgende Punkte:

1. Bericht des Ausschusses (Berichterstatter: Franz Behrens-Essen).
2. Bericht über die allgemeine sozialpolitische Lage (Berichterstatter: Adam Stegerwald-Köln).
3. Die Sonntagsruhe (Berichterstatter: Richard Döring-Hamburg).
4. Der Arbeiterschutz in der gesundheitschädlichen und schweren Industrie (Berichterstatter: Franz Wieber-Duitsburg).
5. Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit (Berichterstatter Franz Fischer, Mülhausen-Elsass).

Die Eröffnung des Kongresses wird auf Sonntag, den 20. Januar 1907, vormittags 11^{1/2} Uhr angefest, zu welcher Zeit sich die Herren Vertreter in Berlin einfinden wollen. Die Anzahl der zu entsendenden Vertreter steht den einzelnen Organisationen frei. Sollte namentliche Abstimmung beantragt werden, so ist natürlich die Zahl der von den Vertretern vertretenen Mitgliedern entscheidend.

Indes glauben wir die Abstimmungsart den einzelnen Verbänden überlassen zu sollen. Diese können dann ihr Mandat einem Vertreter übertragen, oder dasselbe auch auf mehrere Vertreter, entsprechend der von ihnen vertretenen Mitgliederzahl in den verschiedenen Landesgebieten, verteilen.

Doch liegt es im Interesse der ganzen Veranstaltung, daß der Kongress möglichst zahlreich besetzt wird.

Wir eruchen daher alle teilnehmenden Vereinigungen, bis 1. Januar 1907 dem unterzeichneten Vorsitzenden die Namen und Adressen der Delegierten-Vertreter, sowie die Zahl der von ihnen vertretenen Mitglieder mitteilen zu wollen.

Die Vorträge und Entschlüsse werden, in Dispositionen gegliedert, gedruckt und spätestens 14 Tage vor dem Kongress allen teilnehmenden Vereinigungen und deren Vertretern übermittelt.

Mit kollegialem Gruß

der Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses.

Franz Behrens, Essen, Vorsitzender; Adam Stegerwald, Köln, Schriftführer; Wilh. Schack, Hamburg, Kassensührer; Marg. Behm, Berlin; Joh. Giesberts, M.-Glabbach; A. Kirchberg, Mülheim a. Ruhr; Friedrich Kloos, Malsatt; Peter Moll, Trier; Martin Neumeyer, München.

Alle Zuschriften und Einsendungen sind an Franz Behrens, Essen, Vereinsstr. 21, zu richten.

Der vorgelegte Entwurf.

Dem Reichstage ist der in unserer letzten Nummer schon erwähnte Gesetzesentwurf betr. Gewerbliche Berufsvereine in-
gegangen. Damit ist äußerlich und vor der Hand der Wunsch erfüllt, der der 1. deutsche Arbeiterkongress in seiner Resolution betr. das Koalitionsrecht zum Ausdruck brachte. Nur steht in dieser Resolution dieser Wunsch in einer Stelle. Wir würden das nicht erwähnen, wenn diese Tatsache nicht für die Bedeutung der ganzen Sache ein Zeugnis wäre. Die Forderung nach Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist eine der ältesten sozialpolitischen Forderungen, die sich die Dinge namentlich auf gewerkschaftlichem Gebiete entwickelt haben, erscheint uns, und wir befinden uns in Übereinstimmung mit genanntem Kongress, die Forderung und Erweiterung des Koalitionsrechtes, die Schaffung eines einheitlichen Versammlungs- und Vereinsrechtes entschieden wichtiger. Jeder, der im gewerkschaftlichen Leben steht, wird uns darin zustimmen. Die oben erwähnten Forderungen liegen auf dem Gebiete, die Gewährung der Rechtsfähigkeit an sich ist eine theoretische, rein juristische Frage,

der man in unseren Kreisen vielfach eine zu große Bedeutung beilegt. Das scheint von Regierungswegen erkannt worden zu sein und deshalb kommt man zunächst mit der erwähnten Vorlage. Letztere entspricht nun keineswegs den Erwartungen, die in weiten Kreisen an dieselbe geknüpft wurden. Warum, darüber im Nachstehenden nur einige kurze Hinweise. § 1 der Vorlage bestimmt, daß ein Verein von gewerblichen Arbeitern nur dann als „Berufsverein“ eingetragen werden kann, wenn sein Zweck nur auf die Wahrung und Förderung der mit dem Berufe seiner Mitglieder unmittelbar in Beziehung stehenden gemeinsamen gewerblichen Interessen oder daneben auf die Unterstützung seiner Mitglieder gerichtet sein, ohne daß ihnen ein Rechtsanspruch darauf eingeräumt wird. Trifft das nicht zu, so kann die Verwaltungsbehörde Einspruch erheben; ist die Eintragung bereits erfolgt, so kann die Rechtsfähigkeit entzogen werden, wenn der Verein einen Zweck verfolgt oder Mittel des Vereins für einen Zweck verwendet, der der Satzung fremd ist und, falls er in der Satzung enthalten wäre, die Verwaltungsbehörde zum Einspruche gegen die Eintragung des Vereins berechtigt haben würde. Der Begriff „unmittelbar in Verbindung stehender, gemeinsamer Interessen“ kann sehr verschieden ausgelegt werden und wie

das eventuell geschehen würde, kann man sich denken, wenn man in der Begründung zu § 1 liest: „Der Staat hat ein dringendes Interesse daran, daß der Verein nicht unter falscher Flagge Bestrebungen der letztgedachten Art (politische und sozialpolitische Zwecke) verfolgt, die über die sich aus dem unmittelbaren Berufsinteresse ergebenden Grenzen hinausgehen“.

Nach dem jetzigen Rechtszustand muß jeder Verein, der die Rechtsfähigkeit besitzt, dem Amtsgericht ein Mitgliederverzeichnis einreichen. Das hat mit Recht die Gewerkschaften immer abgelehnt. Die neue Vorlage bestimmt nun in ihrem § 11, daß der Vorstand verpflichtet ist, ein Verzeichnis der Mitglieder zu führen und dies der Verwaltungsbehörde jederzeit auf Verlangen einzureichen, die Mitgliedern jederzeit auf Verlangen Einsicht in das Verzeichnis zu gewähren und auf ihre Kosten eine beglaubigte Abschrift zu erteilen. Nach § 13 ist der Vorstand sogar verpflichtet, nach näherer Bestimmung des Bundesrats für jedes abgelaufene Geschäftsjahr eine Uebersicht über die Zahl und die Berufsstellung der Vereinsmitglieder, über die Einnahmen und Ausgaben des Vereins, getrennt nach ihren Zwecken, sowie über den Bestand des Vereinsvermögens aufzustellen, der Verwaltungsbehörde einzureichen und im Reichsanzeiger zu veröffentlichen. Einem Vereine, dessen Mitgliederkreis sich nicht über das Gebiet eines Bundesstaates hinauserstreckt, kann von der Landeszentralbehörde gestattet werden, daß die Veröffentlichung statt im Reichsanzeiger in einem anderen von ihr zu bestimmenden Blatte erfolgt. Die Uebersichten sind nebst den dazu gehörigen Belegen im Vereinslokal am Sitze des Vereins, oder in anderer durch die Satzung zu bestimmender Weise zur Kenntnis der Mitglieder des Vereins zu bringen. Jedes Mitglied ist berechtigt, auf seine Kosten eine Abschrift der Uebersicht zu verlangen. Recht naiv klingt es, wenn es in der Begründung zu § 11 bezgl. der Lieferung einer Abschrift an die Mitglieder heißt: „Zur Vermeidung eines Mißbrauchs der Befugnis wird ihnen in diesem Falle aber die Pflicht zum Entschatten der dadurch dem Vereine erwachsenden Unkosten auferlegt werden müssen“. Als ob diejenigen Mitglieder, die mit der Abschrift Mißbrauch treiben wollen, nicht Leute fänden, denen es ein leichtes ist, jene Kosten zu bezahlen! Besonders wesentlich dürfte aber auch sein, daß mit den beiden Bestimmungen den einzelnen Verbänden eine große Arbeitslast und Kosten aufgebürdet werden.

Schwere Bedenken sind geltend zu machen gegen die Haftbarkeit des Vorstandes und die Streikklausel. Nach § 15, Abs. 3 des Gesetzesentwurfs kann einem Verein unbeschadet der Vorschriften des § 43, Abs. 1 bis 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches die Rechtsfähigkeit entzogen werden, wenn der Verein eine Arbeiterausperrung oder einen Arbeiterausstand herbeiführt oder fördert, die mit Rücksicht auf die Natur oder die Bestimmung des Betriebs geeignet sind, die Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaates zu gefährden, eine Störung in der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser oder Beleuchtung herbeizuführen oder eine gemeine Gefahr für Menschenleben zu verursachen. Gegen die einstweilige Anordnung der Entziehung der Rechtsfähigkeit findet nur Beschwerde an die im Instanzenzug vorgeordnete Behörde statt. Die Beschwerde dagegen hat keine aufschiebende Wirkung.

Diese Bestimmung ist, wie die „Kölnische Volkszeitung“ mit Recht hervorhebt, so lautscharfartig, daß jede Arbeiterorganisation, die einen Streit organisieren würde, von ihr getroffen werden könnte. Auch mit dem Begriff „gemeine Gefahr“ könnte schließlich jeder Arbeiterausstand getroffen werden.

Nicht minder groß sind die Bedenken gegen die Bestimmungen über Haftung des Vorstandes. England hat nach mehrjährigen Erfahrungen sich eben angelehnt, diesen verhängnisvollen Paragraphen aus dem Gesetz wieder zu entfernen. Um so weniger hätten wir nach diesen englischen Erfahrungen Ursache, die Bestimmung als gefährliche Fufangel in das deutsche Gesetz aufzunehmen.

Gegenüber diesen Nachteilen, so scheint uns, verschwinden die wenigen Vorteile, die namentlich im § 13 enthalten sind, der die Mitgliedschaft und Teilnahme der Frauen an den Versammlungen der Berufsvereine gestattet und sie von dem Zwange, der Polizeibehörde ein Mitgliederverzeichnis einzureichen, befreit. Bevor die Vorlage zum Gesetz erhoben wird, müssen noch zahlreiche Verbesserungen eingeschoben und manche nicht angebrachte oder dehnbare Bestimmungen ausgemerzt werden.

Trotz aller der Mängel wäre es verfehlt, die Vorlage in Hauch und Bogen zu verdammen. Es muß die Volksvertretung eben bemüht sein, der Kritik ihr Ohr nicht zu verschließen und so zuguterletzt doch noch etwas Annehmbares schaffen. Keineswegs wäre es richtig, wenn das z. B. in der sozialdem. Presse angestimmte Geschrei, daß nicht mehr Kritik zu nehmen ist, Beachtung in den maßgebenden Kreisen fände. Wenn so der Vorwärts in dem Entwurfe ein Ausnahmengesetz für die Arbeiter erblicken zu müssen glaubt, so ist dieses ein Gebahren, das die verheerende demagogische

Tätigkeit der Sozialdemokratie ins rechte Licht setzt. Selbst dann, wenn die Vorlage so unzulänglich wie sie ist, zum Gesetz erhoben würde, bedeutete es für die Arbeiterschaft noch keine Ausnahmebestimmung, da ja die Erwerbung der Rechtsfähigkeit auf dem freien Willen der Mitglieder der beruflichen Korporationen beruht.

Sozialdemokratische und Hirsch-Duncker'sche Praktiken in Oberschlesien.

Seit dem Einsetzen der christl. Gewerkschaften in Oberschlesien hat sich der gegnerischen Organisationen eine Nervosität bemächtigt, die sich in allen möglichen und unmöglichen, mit der Wahrheit auf gespanntem Fuße stehenden Neußerungen Luft macht. Zum großen Teil spielt hier der Neid über die Erfolge der christl. Gewerkschaften mit. Sind doch durch dieselben alle agitatorischen Momente der die Christlichen so bitter hassenden "freien" und H.-D. Gewerkschaften, sowie kathol. Fachabteilungen verloren gegangen. Besonders wenn man in Betracht zieht, daß die von den "freien" Gewerkschaften inszenierten Lohnbewegungen mit einem Fiasko geendet haben. Der im Sommer v. J. in Bewegung gesetzte Bauhandwerkerstreik hat den Arbeitern ein Lohnderverminderung eingetragen. Ebenso hat der vor kurzem bei der Firma Grünfeld geführte Lohnkampf durch die große Anzahl Streikbrecher, die dem "freien" Holzarbeiterverbande angehörten, zu einer Niederlage der Arbeiter geführt. Ist doch sogar einer der "Genossen", der sich schon früher durch schwarzen hervorragen hat, nach Ratibor gefahren, um Streikbrecher heranzuziehen. Zur Zeit stehen die Holzarbeiter in Harze in einer Lohnbewegung. In 9 größeren Werkstätten sollten die Kollegen die Arbeit niederlegen. Fünf Arbeitgeber haben die Forderungen, Einführung des Lohntarifs, der in Beuthen, Rattowig und Königshütte besteht, bewilligt. Die anderen nicht. Die "Genossen" arbeiten aber gerade in diesen Werkstätten lustig weiter.

Einer der dortigen "Genossen" erklärte sogar: "Wir bedauern aufs lebhafteste, daß sich gerade aus unseren Reihen so viele Streikbrecher gefunden haben". Aus diesen Gründen ist es leicht begreiflich, daß bei den bisher erzielten Erfolgen der hier noch so jungen christl. Gewerkschaftsbewegung die "freien" wie auch die H.-D. Gewerkschaften vor Wut schreien und diese mit allen möglichen Verdrehungen zu verkleinern suchen. Wenn man dabei in Betracht zieht, daß außer den Bewegungen, wo die christl. Holzarbeiter mitbeteiligt waren, sowie denen der christl. Schneider und Metallarbeiter, die diese allein durchgeführt haben, absolut keine Erfolge für die Arbeiter erzielt wurden, so ist der Schmerz der Gegner begreiflich. Allerdings suchen sich dieselben möglichst viel von den Erfolgen anderer anzueignen und sich mit fremden Federn zu schmücken. Ob vielleicht die Zuträgerei und Verleumdungsfucht gegenüber den christl. Gewerkschaften auch zu den bewährten taktischen Kampfmitteln der "freien" Gewerkschaften gehört, ist uns ein Rätsel. Jedenfalls scheint dieses so zu sein, denn der "Obergenosse" Schwante hat sich nicht entbitten unseren Kollegen Clafsch vor seinem Werkführer schlecht zu machen und denselben Neußerungen zuzutragen; zu welchem Zweck ist leicht erklärlich. Zu dieser Kampfesart scheint auch folgender Fall zu gehören, welcher den Vorherrschen unserer Rattowiger Zahlstelle, den Kollegen Pilsko betrifft. Ist es doch diesem Kollegen von einem jungen "Genossen", der nicht weiß was Gewerkschaft heißt, dem Arbeitgeber gegenüber behauptet worden, daß unser Kollege keine Mitarbeiter aufheute Ueberstunden nicht zu leisten, trotzdem derselbe nur auf das unmotivierte Verhalten der "Genossen" in Bezug auf die Ueberstunden hinwies. So wurde unser Kollege Larisch in einer Werkstätte in Königshütte, weil er sich dem roten Verbands nicht anschließen wollte und treu zum christl. Holzarbeiterverbande hielt, in der gemeinsten Weise beschimpft, geschlagen und sogar mit Totschlag bedroht.

Zur Charakterisierung der "Genossen" mag auch folgendes dienen: Eine Heldengröße 1. Ranges ist der Schriftführer des

"freien" Holzarbeiterverbandes zu Rattowig. Er hätte doch gar zu gern den 1. Mai d. J. gefeiert. Zu diesem Zwecke verteilte er in der Mittagspause unter den Kollegen Stimmetel, ob sie mitmachen wollten oder nicht. Während der Frühstückspause schimpfte er wie ein Rohrspaß über die verdamnten Christlichen. Ihre Gewerkschaften seien von Pfaffen gegründet, Pfaffen gäben ihnen Geld, damit sie streifen könnten, "Arbeitserschütterer", "Streikbrecher", "schwarze Hunde", "Schwarzfänger", "Ihr Christlichen seid ja viel zu dumm, und wir werden nicht eher ruhen bis es keinen einzigen schwarzen Hund mehr gibt" usw. Als ihm ein Christlicher antwortete: "Sie sind doch lange nicht der Klügste, aber die größte Fr. haben Sie", da hieß es sofort: "Sie Höher, ich habe ihnen ein paar in die Fresse". Er ließ es aber ruhig beim schimpfen bleiben, obwohl er aufgefordert wurde, doch näher zu kommen. In Mittag war er aber selbst so dumm und frech, denselben "dummen Christlichen", die er früh beschimpfte, Stimmetel zu geben. Als ihm einige Kollegen "Nein" und andere Bemerkungen darauf schrieben, erklärte er diese Stimmen für ungültig und die Majorität war nun für den Maifeiertummel. Nun sollte man dieserhalb beim Chef vorstellig werden. Dieser erfuhr es aber bereits von anderer Seite. Vermutlich auch durch die Zuträgerei eines Genossen. Der Arbeitgeber ließ nun tags vorher die ganze Werkstätte zusammenkommen und sagte etwa folgendes: "Mir ist zu Ohren gekommen, daß etliche von Ihnen morgen feiern wollten und möchte ich nun bitten, daß diese vortreten". — Feierliche Stille. Darauf der Chef: "Wenn Sie feiern wollen, müssen Sie es auch heute sagen und jetzt vortreten, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie sich dann einen Kontraktbruch zu Schulden kommen lassen wenn Sie morgen fehlen. Ich kann nur annehmen, daß die, welche feiern wollen, zu viel Geld in der Tasche haben". Nun sollte man meinen, daß doch unser Held, der so viel Propaganda dafür gemacht hatte, vorgetreten wäre und auch vor dem Chef seine Zukunftsstaatsweisheit zum Besten gegeben hätte. Nichts von alledem, vielmehr schienen ihn die Balken in einer Ecke so zu interessieren, daß er gar nicht wußte, was um ihn herum vorging, trotzdem die Augen aller auf ihn gerichtet waren. Vorher hatte noch ein Christlicher einen "Genossen" gefragt: "Was werdet ihr denn machen, wenn der Chef das Feiern nicht erlaubt?" Da erhielt er zur Antwort: "Nun, dann zwingen wir ihn dazu". Ein anderer mußte um dem Kernstein aus der Patsche zu helfen, erklären: "Berzihen Herr — —, wenn wir feiern dann feiern wir alle, wir werden aber arbeiten. Mit der Maifeier war's wieder mal nichts. Als unserem Helden ein Christlicher nachher vorhielt: "Warum bist Du denn nicht vorgetreten?" Da sagte dieser: "Es ist ganz gut, daß ich nicht vorgetreten bin, sonst wäre ich gleich geflogen".

Das Sündenregister der H.-D. Gewerkschaften läßt auch nichts zu wünschen übrig. Man scheint da mehr Interesse für die Arbeitgeber als für die Arbeiter zu haben. Jedenfalls weist schon ein Fall vom letzten Holzarbeiterstreik darauf hin. Vor Ausbruch des Streiks hat der Agitationsleiter Sabel der H.-D. Propaganda für denselben gemacht. Nach Einsetzen des Streikes jedoch hat man sich bemüht gefühlt, Sabel vom Kampfplatze abzurufen und Fondarel-Beutchen als Bremsen hinzuschicken. Daß derselbe das Bremsen im Sinne der Protokollen der H.-D. Gewerkschaften gut verstand, beweist folgendes: Er ging mit dem Vorsitzenden der Rattowiger H.-D. Holzarbeiterzahlstelle ohne Wissen der Streikleitung zum Obermeister der freien Bauhandwerkerinnung, um mit diesem zu unterhandeln.

Tags darauf schrieb Fondarel eine Karte an den Vorsitzenden der H.-D. mit der Aufforderung, die Arbeit sofort aufzunehmen, da sonst der Generalrat keine Gelder bewilligt. Troz alledem haben sich verschiedene Mitglieder des Gewerkschafts bemüht gefühlt, mit ihren anderen Kollegen solidarisch zu sein, und jener Aufforderung nicht Folge geleistet. Da jedoch, trotz der Streikgenehmigung des Generalrates, am Schlusse der Woche kein Geld eintraf, hat ein Drittel der Mitglieder, mit dem Schriftführer an der Spitze, dem H.-D. Gewerkschaft den Rücken gekehrt und in andere Organisationen

eingetreten. Auch Sabel wurde abgefaßt. Vom Sabel, Vorsitzenden der H.-D., Fischer, wird erzählt, daß er sich bot, einen Posten Liren, deren Akkordpreis bereits festgesetzt war, für einen geringeren Preis zu machen als wie bei anderer Kollege bereits vereinbart hatte.

Aber auch die Metallarbeiter H.-D. brauchen in Punktsache, wenn es eine Ehre ist seinen Arbeitskollegen auf Arbeit zu bringen, hinter den übrigen nicht zurückzubleiben. So konnte man bei der Lohnbewegung, die sich bei der Firma Gerdes abgepielt hat, das Treiben der H.-D. nicht anders als ein arbeiterverräterisches nennen, trotzdem sich dort ein Aushilfskollege der H.-D. bei der ersten Werkstatteversammlung ziemlich radikal benommen hat und nicht genug über die schlechten Verhältnisse zu klagen wußte. Trozdem fand er sich bereit, hinter dem Rücken seiner Arbeitskollegen bei dem Arbeitgeber vorstellig zu werden. Jedenfalls hat derselbe dadurch bei seinen Vorgesetzten fertig bringen wollen, daß sein Ansehen steige.

Wenn trotz aller dieser Sachen die christl. Gewerkschaften auch Vorteile für die Kollegen erringen konnten, so ist das für sie, trotzdem bei der Gerdes'schen Lohnbewegung zwei ihrer Mitglieder gemäßigert wurden, ein ehrendes Zeugnis. Die ober-schlesischen Arbeiter wenden sich daher auch immer mehr denjenigen Gewerkschaften zu, die etwas Ersprießliches für sie leisten. Als derartige Organisationen haben sich die christlichen Gewerkschaften bewährt.

Verbandsnachrichten. Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. November 1906 fällig ist.

Die Zahlstelle Stuttgart erhält die Genehmigung zur Hebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 20 Pf.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralkomitee jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Beginn der Bewegung aus. Zuzug ist fernzuhalten von Schreibern nach Nord-Ober-Schlesien (Aug. Sabel), Oberhausen (Schulz), Braunschweig, Höchst a. M., Teutlich (Manal), — von Bärke und Pinsele nach Goch, Niederrhein, — von Klavertarbeitern nach Stuttgart.

Zur Schwarzwaldbewegung.

Der komplette Arbeitererrat durch den sozialdemokratischen Holz- und Metallarbeiterverband ist fertig. Bekanntlich hat letzterer bereits Laufe des vergangenen Sommers seinen Mitgliedern in Schwaben verboten, in eine Abwehr gegen Akkordlohnbestimmungen einzutreten, so daß die Christlichen allein vorzugehen mußten, was natürlich bei dem schändlichen Verrat der Unbedeutend erleichtert wurde.

Bei der jetzigen Bewegung begann man das finanzielle Spiel damit, daß man viel mehr Forderungen aufstellte als die Christlichen, um der großen Masse sagen zu können: "Wir wollen mehr als die anderen. Gleichzeitig suchte man sich aber bei den Arbeitgebern damit anzuschmeißen, daß man erklärte, natürlich geben wir uns auch mit einem Teilerlös zufrieden". Die Arbeitgeber wissen das natürlich auch zu frühzeitig, indem sie die Christlichen für schlimmer als die Roten erklären und diese lieben, braven Sozialdemokraten an ihr liebendes Herz drücken.

Der elende Verrat dieser Sippschaft wird am besten durch beleuchtet, daß der großsprecherische Vorhölzer in der roten Versammlung in Schramberg noch erklärte: "Wir Christlichen in den Kampf eintreten, da werden wir"

Hirsch-Dunckeriana.

"Hinein in die deutschen Gewerkschaften!" Wer hat wohl dieses Mannezwort noch nicht gehört, der jemals eine Hirsch-Duncker'sche Gewerkschafts-Versammlung besuchte. Gegenwärtig erönt der Ruf den Verhältnissen entsprechend besonders stark, weil sich die Hirsch-Dunckerianer bei der Lohnbewegung auf der Hütte "Rote Erde" zu machen, in ein Wespennest gesetzt haben. Wo, weiß's nicht: "Hinein in die deutschen Gewerkschaften!" Wenn die "Genossen" die Hirsch abspielet: "Hinein in die deutschen Gewerkschaften!" Beim Uebertritt eines Ortsvereins zu den "Genossen": "Hinein in die deutschen Gewerkschaften!" Beim Zusammenbruch eines Gewerkschafts: "Hinein in die deutschen Gewerkschaften!" Beim Mitgliederchwund, bei Niederlagen, bei Zeitungsgründungen und Eingängen, bei Stiftungsfeiern und Fahnenweihen, bei Starbefällen und der Geburt von taktischen Strauchrümpfen, bei Denkmalweihen und Generalratswahlen, bei Prägelaßarten und Dampferpartien, überall schallt's uns entgegen: "Hinein in die deutschen Gewerkschaften!" Es schreit der Sonnemann, der Böb, der Ullstein und der Mofse: "Hinein in die deutschen Gewerkschaften!" Eine neue Taktik erkennen sie, die vom Zentralrat, Generalrat Bureau, Ausbreitungs- und Ortsverband: "Hinein in die deutschen Gewerkschaften!" Und selbst der Erkelenz ruft so laut er kann: "Hinein in die deutschen Gewerkschaften!"

O Jerm! Wo flohst du hin du goldene Zeit! Man muß schreien, weil die Zeiten anders geworden sind. Alte Freunde gingen, neue sollten kommen. Die "einzig wirklich religiös und politisch neutralen deutschen Gewerkschaften (H.-D.)" haben ihren Rückhalt verloren. Von dem ehemals so hohen Fortschritt sind nur noch einige Ruinen geblieben. Von einer zur anderen floh der Geist der deutschen Gewerkschaften H.-D., nirgends eine dankbare Stätte findend. So ab und leer ist die Welt. Nirgends jemand, der eines

Sinnes. Politische Parteien, bald ohne Zahl sind schon mit der Freundschaft der führenden Geister der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften bedacht worden. Und stets kam kein Teil der Freundschaft auf seine Rechnung. Ob und leer ist's in der Welt. Alle gewesenen Freunde, die Hilflosigkeit selbst. Vorbei ist die schöne, die goldene Zeit, wo unter den Fittichen eines bürgerlichen Liberalismus die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften gedeihen konnten.

Gleich einem Rabengekrächze vernimmt die Welt nun den Agitationsruf der "deutschen Gewerkschaften". "Krah, Krah" schreiß hier, "Hinein in die deutschen Gewerkschaften" dort. Beide Schreier erwarten Leute, wo etwas fault. Ebenso dort wo der Reglame den Acker bebaut und die Früchte seiner Arbeit einzuhäufen gedenkt, da finden sich diese Kostgänger ein, um mitzuerröten. Man ist's gewohnt. Dann und wann ein Schuß, der die zubringlichen und doch so ungeschätzlichen Schreier in alle Welt zerstreut.

Wer laßt da nicht, wenn er das dem Rabengekrächze ähnliche Geschrei: "Hinein in die deutschen Gewerkschaften" hört. Wer glaubt denn heute noch an religiöse Neutralität der H.-D. Gewerkschaften, in denen selbst die, welche das Rückgrat der ganzen Bewegung bilden sollen, in ethischer Beziehung nicht klar schauen und doch in Weltanschauungsfragen eine negative Haltung einnehmen. Wer glaubt denn noch an die politische Neutralität der H.-D. Gewerkschaften, die über nichts und alles kräufeln. Welche Partei ist's denn, die den Arbeitern frommt? Derjenige, der über alle Parteien schimpft, muß etwas besseres vorschlagen. Wer das nicht kann, der ist neutral, ein — H.-D. Gewerkschaftler. Wer glaubt denn noch, daß die H.-D. Gewerkschaften Organe der Arbeiterbewegung, d. h. der fortschreitenden Arbeiterbewegung sind. Fortschreitend? Unjam! Parole: Stillgestanden; Müht Euch! — Arbeiterbewegung? I wo gibts nicht, Ortsverbandslitung: Kaufmännische Spießbürger und "brave"

Arbeiter. Generalrat: Friseur, Glasmeister, Malermeister, Schreinermeister. (Vergl. Generalrat des Deutschen Gewerkschaftsvereins der Tabakarbeiter H.-D. in Heidelberg).

Macht alles nichts. Aber Geld haben sie. Gewerkschaften, Hüttenwerk "Rote Erde". Man zahlte: nichtberechtigten Mitgliedern in den ersten drei Wochen nicht wöchentliche Unterstufungen von 3 und 4 M.; einem von fünf Kindern pro Woche 6 M.; einem Streikenden 2 1/2 Wochen 4,20 M.; einem Arbeiter während des ganzen Kampfes 4 M.; auf die geführte Beschwerde hin erhielt dann noch 6 M. nachgezahlt; einem weiteren Arbeiter acht Wochen 16 M. Unterstützung. Darum: "Hinein in die deutschen Gewerkschaften!"

Der Streik total verpufft, die Arbeiter hereingefallen kein Geld erhalten, keine Verbesserungen erzielt. Man nichts, "Hinein in die deutschen Gewerkschaften!" Der "Gewerkschaften", das Organ der Hirsch schreibt von der "Hirsch-Duncker'schen Sozialen und des Jentnims, der "Hirsch-Duncker'schen Fleischvertreter", welche die Verdienste der Hirsch in der Nacht anerkennen will. Tut nichts zur Sache. Ihr Christlichen und Jentnimsleute: "Hinein in die politisch-neutralen deutschen Gewerkschaften!"

So geht's in einem Tone weiter. Und selbst der berühmte Schriftsteller Erkelenz hat den neuen und doch so alten Schlachtenruf in sich aufgenommen. Fortwährend tritt der Generalrat vor den Bauch und so oft ein Kritiker entpringt den Lippen des Maxymers der Ruf: "Hinein in die deutschen Gewerkschaften!" Er kann nicht anders. Allen hat er's verdorben; auch mit dem "alten Herrn". Eine Hoffnung besteht noch zur Erlösung aus aller Welt. Alle Geschlechter geben, neue kommen. Erkelenz hat wohl gelernt. Er wartet, schreit und denkt: "Geschlechter geben, Geschlechter kommen." Hinein in die deutschen Gewerkschaften H.-D.!

Die Leute mittun, ich werde das Odium des Streik- nicht auf mir sitzen lassen"; ja sogar mit der „Hunde- brohte genannter Herr, event. seine Genossen heraus- zu wollen. Solches sagte genannter Vorhölzer am 7. Nov. Kaum drei Tage nachher reicheten die über des christlichen Metallarbeiterverbandes in der Fabrik in Triberg die Kündigung ein; wer aber mitmachte, das waren die Genossen des Herrn Vorhölzer. Ja die Leute erklärten, die strikte Weisung zu haben, nicht mitmachen zu dürfen, anfalls sie aus dem Verband ausgeschlossen seien.

Mit solch feiger Hinterlist arbeiten die „Genossen“; das Verräterverrat im größten Sinne des Wortes. Gibt es denn für solchen schändlichen Verrat überhaupt Worte? Nennt sich so etwas vielleicht noch Freiheit, Ehre und Brüderlichkeit? Nein so etwas nennt sich am Pfui Teufel!

Was läßt sich nun jetzt machen, nachdem die „Genossen“ Arbeiter an die Unternehmer verkauft und dadurch einer der jetzigen Bewegung sehr in Frage gestellt haben? Die Kollegen werden sagen, ja wenn das immer so geht, hat die Organisation überhaupt keinen Zweck. Das heißt, aber eines kann man lernen: Im Schwarzwalde ist jetzt nur dort Verbesserungen erzielt worden, wo die christlichen allein waren oder doch die überwiegende Mehrheit, so in Billingen, Triberg und Lauterbach. Daraus lehren: Arbeitet mit allen Kräften daran, daß die Christen überall die Mehrheit bekommen und werft die roten hinter sich hinaus aus dem Schwarzwalde, hütet Euch vor jeder Verbindung mit dieser Streikbrechergesellschaft, damit Ihr Euch nicht schämt.

Arbeiter des Schwarzwalde! Ihr habt gesehen, daß sozialdemokratischen Organisationen und ihre Führer nicht Interesse vertreten wollen, ja sie arbeiten mit allen Mitteln an Eurer Niederlage. Deshalb hinweg mit diesen Organisationen, hinweg mit diesen Führern, die mit Euren Leid und Wehe solch freventliches Spiel treiben. In die christlichen Organisationen bis auf den letzten Mann dann werdet Ihr ohne Vorhölzer und Genossen eine Bewegung zu Euren Gunsten durchzuführen können.

Lohnbewegung in Dielefeld. Eine äußerst lehrreiche Bewegung hat sich in Dielefeld abgespielt. Lehrreich deshalb, weil sie mit erschreckender Deutlichkeit zeigt, wie von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern Manipulationen eingeleitet und durchgeführt werden.

Die in den Fahrrad- und Nähmaschinenfabriken beschäftigten Metall- und Holzarbeiter, welche zum größten Teil schon lang den sozialdemokratischen Verbänden angehören, schon mehrmals an ihre Führer herangetreten, ihren höchsten Forderungen durch den Verband Nachdruck zu geben, wurden doch immer wieder auf später vertröstet. Es mußte einmal etwas geschehen, das „Drängen der Arbeiter war unerträglich geworden“, wie Obergenosse Vorhölzer, der Führer der roten Metallarbeiter wörtlich ausgedrückt hat.

Seitens der „Genossen“ wurden die Forderungen nicht an die Fabrikanten eingereicht, ohne den Metallarbeiterverband der mit über 200 Mitgliedern in Frage kam und unsern Verband, der ebenfalls eine große Anzahl Mitgliedern in den obigen Fabriken hat, in Kenntnis zu setzen. Der christliche Metallarbeiterverband setzte sich sofort nach Bekanntwerden der Verbindung mit der Ortsverwaltung des „freien“ Metallarbeiterverbandes in Verbindung, allein die Gleichberechtigung und Anerkennung der christlichen Gewerkschaften wurde von den roten Führern abgelehnt. Nunmehr hielten es die roten Verbände für ihre Pflicht, im Interesse ihrer Mitglieder und der Ehre ihrer Organisation selbstständig ihre Forderungen eingureichen, was denn auch in einer gemeinsamen Versammlung der christlichen Metall- und Holzarbeiter einstimmig beschlossen wurde. Die Forderung der „freien“ Verbände Einführung der 9stündigen Arbeitszeit (bisher 10 Stunden) erachteten jedoch die christlichen Arbeiter für unerreichbar, daher forderten diese vorerst die 9 1/2 stündige in einem späteren Termin die 9stündige Arbeitszeit.

Die übrigen Forderungen der Roten „10% Lohnerhöhung, Zuschlag bei Ueberstunden, 50% bei Nachtarbeit, 25% bei Sonntagsarbeit, ferner Einsetzung und Anerkennung Arbeiterausschüssen, wurden ebenfalls seitens der christlichen Verbände gestellt.

Die Fabrikanten bewilligten ab 1. Januar 1907 die 9stündige Arbeitszeit, an den Sonntagen wie bisher die 10stündige und an den Tagen vor den hohen Feiertagen mittags durchgearbeitet und um 2 Uhr Feierabend. Ferner eine Lohnerhöhung von 5%, einen geringen Zuschlag für Ueberstunden, sowie Nacht- und Sonntagsarbeit, auch die Einsetzung und Anerkennung von Arbeiterausschüssen.

Die christlich organisierten Holz- und Metallarbeiter nahen in einer am Sonntag den 11. November stattgefundenen Versammlung Stellung zu dem Angebot der Unternehmer und erklärten sich mit den minimalen Zugeständnissen nicht einverstanden. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die christlich organisierten Metall- und Holzarbeiter können erklären, von den fünf Werken gemachten Zugeständnisse nicht anerkennen. Sie halten eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden pro Woche und eine Erhöhung des Lohnes um 10% für Lohnarbeiter für so unbedeutend, daß, falls die Unternehmer weitere Zugeständnisse zu machen nicht gewillt sind, christlich organisierten Arbeiter sich zu weiterem Vorgehen erklären.

Am Tag später, also am 12. November nahmen auch die „freien“ Verbände in fünf großen Versammlungen Stellung zu dem Fabrikanten-Angebot. Und was geschah? Die Führer der Roten, die sonst nicht genug auf die Macht der Arbeiter und die Millionen ihrer Organisation pochen, knickten zusammen wie ein Strohalm und empfahlen

ihrer willenlosen Wolke die Annahme der winzigen Zugeständnisse. Ein Kampf mußte unter allen Umständen vermieden werden, weil speziell dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband die finanziellen Mittel fehlten. Es ist ein offenes Geheimnis, die Spaten pflückt es von den Dächern, daß von Stuttgart der kalte Wasserstrahl gekommen ist. Für einen Kampf der Dielefelder Metall- und Holzarbeiter war eben kein Geld bei den sonst so mächtig sein wollenden sozialdemokratischen Organisationen vorhanden.

Um nun die gährende Unzufriedenheit der Mitglieder abzulenken und der drohenden Mitgliederflucht Einhalt zu tun, versöhnten die freien Gewerkschaften auf den Gedanken, eine frisch-fröhliche Hege gegen die verhassten „Christlichen“ zu inszenieren. Diese „paar Christlichen, das Bäderbüchlein“ um mit dem Obergenossen Severing zu reden, sollte das Karmel der Sündenbock sein, daß so wenig erreicht wurde. Die christlichen Gewerkschaften sind doch nicht Schuld daran, wenn die Kassen des roten Metallarbeiterverbandes leer sind.

Phönix-Werk. in Rührort	15%	10%
Werk. für Kohlendestillation	12%	
Walle, Tellerling & Comp. Werrath	8%	
Deutsch-Export. Bergw. u. Güttenges.	10%	0%

Diese Liste ließe sich noch beliebig erweitern, jedoch dürften die vorliegenden Angaben genügen, um ein Bild der heutigen Konjunktur in der Eisenindustrie zu geben. Daß die ausgezahlten Dividenden vielfach noch bedeutend höher sein könnten, beweist z. B. der Abschluß der Lokomotivbauanstalt „Hohenzollern“ in Düsseldorf. Hier beträgt der Reingewinn 862 900 Mk., verteilt werden jedoch nur 384 000 Mk. als 12% Dividende, 300 000 Mk. wurden zur Verfügungsrechnung gestellt, 100 000 Mk. der Beamten-Ruhegehaltstasse überwiesen und 78 900 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen. Daneben wurden noch 106 564 Mk. zu Abzugsbewegung werden sie doch nicht allzuweit von der Minder-Ravensberger Lande, wo bereits in 70 Ortsgruppen 4500 Mitglieder den christlichen Gewerkschaften angehören, wird die Lohnbewegung der sozialdemokratischen Metall- und Holzarbeiter in Dielefeld eine weitere Vorwärtswendung für die christlichen Gewerkschaften bedeuten.

Tarifabschluss in Lauterbach. Nachfolgend lassen wir den in letzter Nummer bereits besprochenen Vertrag folgen:

Arbeitsvertrag

für die Firma Haberstroh in Lauterbach, abgeschlossen mit dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands, dem Christlichen Gewerksverein und dem deutschen Holzarbeiterverband.

- Die Arbeitszeit beträgt ab 1. November 10 Stunden.
- Abzugszüge bei einem etwaigen höheren Verdienst dürfen unter keinen Umständen erfolgen.
- Ueber die Strafgebühren ist eine Liste zu führen, in welche der Arbeiterausschuß jederselt Einsicht nehmen kann. Außerdem wird jedes Jahr das Resultat über Einnahmen und Ausgaben ausgehängt.
- Kündigung kann an jedem Tag in der Woche erfolgen.
- An den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten und Neujahr ist um 6 Uhr Arbeitsschluß.
- Für Ueberstunden werden 100% bezahlt. Für Arbeiter, die Blauen machen, kommt diese Bestimmung in Wegfall während der betreffenden Woche.
- Festlichkeits- (Hochzeit- usw.) Urlaube werden nach Möglichkeit in Zukunft eingeschränkt. Ausgenommen sind Anlässe der nahen Verwandtschaft. Ebenso kommt das Feiern an Jahrmärkten in Wegfall.
- Für alle Tagelöhner wird der Stundenlohn um 1 Pfg. erhöht. *)
- Der Arbeiter Wilhelm H., Bergothel, erhält 33 Pfg. 30 Pf. dagegen 35 Pfg. Stundenlohn.
- Der Stundenlohn für die Akkordarbeiter wird nach dem durchschnittlichen Akkordverdienst festgesetzt.

Bestimmungen für die Kasten-Zuschneider.

- Bei neuen Aufträgen unter vier Duzend Kasten muß ein entsprechender Preis angefordert werden.
- Tagelöhnerarbeiter müssen nach dem Akkordlohn bezahlt werden.
- Bei neuen Kasten, bei welchen noch kein Preis festgesetzt ist, muß, ehe der Auftrag gegeben wird, der Preis zwischen dem Arbeitergeber und Arbeitnehmer festgesetzt werden.
- Für Material muß besser gesorgt werden, als wie seither.
- Bei einem gegebenen Auftrag ist möglichst dafür zu sorgen, daß der Arbeiter an demselben fortarbeiten kann.

Bestimmungen für Bergolber und Politurarbeiter.

Für schlechtbezahlte Akkordleistern ist bei jeweiligem Vorkommen eine Vereinbarung mit den betreffenden Arbeitern zu treffen. Für die Silberarbeit tritt ein Zuschlag von 10% ein.

Bestimmungen für die Grundrieger.

Für alle Leisten, für die der Preis unter 4 Mk. steht, sollen 4 Mk. bezahlt werden. Mit dem Material muß vorsichtig umgegangen werden.

Bestimmungen für die Bohrer.

- Für 100 Aufsätze Lochbohren werden bezahlt 25 Pfg.
- " 100 Spitz und Adler " " 35 Pfg.
- " 100 Aufsätze 3 Loch bohren " " 30 Pfg.
- " Musikasten ausfügen " " 45 Pfg.

Bestimmungen für Fournierverpugen.

- Für Quer-Fournier wird bezahlt per qm 21 Pfg.
- Für kleine Regulaieursockel wird bezahlt per Stück 5,5 Pfg.
- Für große und kleine Sockelplatten wird bezahlt per Stück 5,5 Pfg.

Bestimmung für die Stabverpuger.

Der bisherige 50%ige Abzug fällt weg.

Bestimmungen für die Kompagnie Rummich.

- Der Minimallohn beträgt für die Akkordübernehmer 35 Pfg. pro Stunde bei Musterarbeit.
- Die Löhne der Hilfsarbeiter der Kompagnie sollen im Einvernehmen mit dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber bestimmt werden. Auswärtige Arbeiten werden nicht mehr gemacht.

Bestimmungen für die Drechsler.

Für Spizen werden bezahlt: Nr. 6 2,25 Mk., Nr. 9 1,00 Mk., Nr. 14 1,40 Mk., Nr. 23 1,30 Mk., Nr. 30 2,40 Mk., Nr. 31

*) Um der niedrigen und gewöhnlichen Verkünderungs- und Verkleinerungsucht der roten Presse, wie sie der Triberger Vertrag gezeitigt hat, vorzubeugen, sei bemerkt, daß schon früher eine teilweise Lohnerhöhung stattgefunden hatte und der Hauptwert in der Regelung des Akkordverdienstes liegt.

1,50 Mk., Nr. 36 1,40 Mk., Nr. 37 1,50 Mk., Nr. 107 1,80 Mk., Nr. 111 1,80 Mk., Nr. 22 1,40 Mk., Nr. 94 (Kaltenwall) 1,50 Mk., Nr. 139a 1,70 Mk. Für Säulen werden bezahlt: Nr. 12 3,00 Mk., Nr. 18 4,00 Mk., Nr. 14 4,00 Mk., Nr. 15 3,00 Mk., Nr. 48 4,50 Mk., Nr. 104 1,20 Mk.

Bestimmungen für die Lallererei.

Der Abzug von 50% bei Akkordarbeit wird beseitigt.

Allgemeine Bestimmungen.

- Nachregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation werden nicht vorgenommen.
- Dieser Vertrag gilt vorerst bis 1. Mai 1907.

Die hauptsächlichste Bedeutung dieses Vertrages liegt in der Verkürzung der Arbeitszeit um 1/3 Stunde und der Regelung der verschiedenen Akkordarbeiten. Er ist ferner nur bis 1. Mai 1907 abgeschlossen, so daß dann die Möglichkeit besteht, weiteres zu erreichen. Ein Vorteil, den in vielen Orten die Patentarbeitervertreter, die sozialdemokratischen Verbände, die nicht genug über unseren Triberger Vertrag schimpfen konnten, dadurch schon oft entgegen ließen, daß sie Verträge mit ganz geringen Erfolgen auf drei Jahre und noch länger abschlossen. An den Lauterbacher Kollegen aber wird es liegen, dafür zu sorgen, daß sie dank einer festgefügteten Organisation den jetzigen Erfolg beseitigen können.

Berichte aus den Zahlstellen.

Wittlich. Auch in unser Städtchen hat die Christl. Gewerkschaftsbewegung ihren Einzug gehalten. Vor etwa 14 Tagen schlossen sich einige Bauhandwerker hier dem Christl. Zentralverbande an. Das aber ging den Herren Bauunternehmern sehr gegen den Strich und sofort wurden alle Organisierten — ausgesperrt. Die Folge davon war, daß sofort alle übrigen bis auf den letzten Mann sich dem Verbande anschlossen, trotzdem sie wußten, daß auch sie das Los ihrer Kollegen teilen müßten. Fürwahr! ein schönes Beispiel auch für die übrigen Berufe sich zum Anschluss. Auch die Holzarbeiter sehen ein, daß es ohne Organisierten nicht mehr gehen kann. Hier haben wir noch bis 12 stündige Arbeitszeit, und der Lohn? Daß Gott erbarm. Dabei haben es unsere Meister für nötig befunden sich zum Anschluss. Kollegen! wollen wir nicht auch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen? Schon lange genug haben wir geschimpft und geklagt über die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse! Jetzt wollen wir endlich einmal selbst mit Hand anlegen und uns einem Verbande anschließen, der für unsere Interessen eintritt. Ein solcher Verband ist der Zentralverband christlicher Holzarbeiter! Aus eigener Erfahrung wissen wir, daß auch unsere Arbeitgeber an Ehrsamkeit denen der Bauhandwerker nicht nachstehen. Dann aber müssen wir auch dieselben Folgen daraus ziehen wie diese. Kein Holzarbeiter von Wittlich darf deshalb fehlen am Sonntag, den 25. Novbr. in der Holzarbeiterversammlung bei Gastwirt Franz Stell. Hier werden wir unsere Lage besprechen und auch demnach handeln. Nochmals Kollegen: Nur die Organisation kann uns helfen und Einigkeit macht stark!

Triberg (Schwarzwald). Auf die schmachtenden Angriffe des sozialdemokratischen „Volkstreuend“ Nr. 258 gegen den Kollegen Böblach wegen des Tarifvertrages, welcher im Juli d. J. mit einer Firma in Triberg abgeschlossen wurde, sind wir verpflichtet, zu antworten. Wir protestieren energisch gegen die grundlosen Verhärstungen und Entstellungen seitens der „Genossen“. Kollege Böblach ist voll und ganz für das eingetretene bei betreffender Firma, was von den Kollegen verlangt wurde. Wenn auch keine besonderen Erhöhungen der einzelnen Sätze gemacht worden sind, so muß man in Betracht ziehen, daß es sich damals um eine förmliche Lohnerhöhung gar nicht handelte, sondern in erster Linie einen Lohnabzug, der in der Kündigung des alten Tarifs von betreffender Firma zu finden war, abzuweisen. Zudem wurden doch in vielen Fällen Erhöhungen gemacht, und der neue Tarif gegenüber dem alten weitgehender gestaltet. Es muß doch jeder zugeben, daß man nicht über etwas urteilen oder herfallen kann, wie es die roten Wahrheitsheißenden so gerne tun, ohne in die in Betracht kommenden Verhältnisse eingeweiht zu sein. So ist es auch in diesem Falle. Warum sind denn die „mächtigen“ sozialdemokratischen Gewerkschaften auf dem Schwarzwalde, z. B. in St. Georgen und Schwemningen a. N., wo sie schon lange die größte Uebermacht haben und wo die Lohnverhältnisse auch schon lange keine so rosigten sind, nicht mit besserem Beispiel vorangegangen? Natürlich die „Freien“ sind aber recht maßvoll, aber dennoch sehr bescheiden, daß sie nämlich „alles oder nichts“ wollen, und wenn nur die Arbeiter recht sozialdemokratische Sprüche klopfen können, das ist ihnen die Hauptsache. — Die Kollegen betreffender Firma fühlten sich veranlaßt, gegen solche Machinationen Front zu machen und sprechen dem Kollegen Böblach die volle Anerkennung aus.

Kaupheim. Um die indifferenten Arbeiter besser für die Organisation zu gewinnen, wurde vor 2 Monaten in einer gemeinsamen Ausschussitzung beschlossen, die 3 Organisationen am Orte sollten den gegenseitigen Kampf einstellen, was auch in 2 Versammlungen gehalten wurde, in einer der „Freien“ und in einer von unserer Seite einberufenen. Aber trau, schau, weh. Am 28. Oktober hielt der rote Verband wieder eine öffentliche Versammlung ab, wobei Raub aus Stuttgart referierte. Da wir in kurzer Zeit bereits auf 60 Mitglieder gestiegen sind, was Raub jedenfalls auch zu Ohren gekommen ist, so konnte er nicht anders, als die Christlichen zu verächtigen. Er sagte, daß diese niemals an einem Orte selbstständig vorgehen können, denn sie hätten ja im ganzen deutschen Reich nur 80 000 Mitglieder und die „Freien“ 3 Millionen. (Die Kaupheimer Kollegen mögen sich beruhigen, andere „Genossen“ haben noch besser aufgeschritten. D. N.). Jedemfalls wurmt es diesen Wahrheitsheißenden, daß tatsächlich die Roten in Kaupheim ohne die Christlichen nichts machen können. Der noble Herr ist dann noch in längeren Ausführungen den Kollegen Böblach herunter, „der im Schwarzwalde gehaust habe“. Auch die betr. Broschüre hat's ihm angetan. Natürlich, den Christl. Mitgliedern macht er keine Vorwürfe, nur den Führern. (Ja, ja, das sind verfluchte Kerle. D. N.). Was recht tue. Dieses arbeitserfahrende Treiben der „Genossen“ möge unsere Kollegen anspornen, noch mehr Mitglieder zu gewinnen zu suchen, denn nur dadurch ist ein Erfolg sicher, das beweisen gerade auch die Vorgänge im Schwarzwalde, wo nur da ein Erfolg erzielt werden konnte, wo die Christlichen die Führung hatten.

Gewerkschaftliches.

Ueber „Christliche Agitationspraxis“ entlockt in Nr. 45 der roten „Holzarbeiterzeitung“ ein Herr — ich (wohl Redig.) seinem Leiter- und Senzlerkasten die sonderbarsten Töne. Natürlich ist es diesem Wiederwurm sehr un bequem,

